

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

44. Sitzung
11. Mai 2009

Beginn: 10.05 Uhr
Ende: 13.23 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
**Befristete Amnestie bei Abgabe von
illegalen Waffen ermöglichen!**
Drs 16/2330

0160
InnSichO

Vorsitzender Peter Trapp weist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen hin.

Björn Jotzo (FDP) begründet den Antrag, der FDP wolle möglichst viele Waffen aus dem Verkehr ziehen. Eine befristete Amnestie solle ermöglichen, dass Menschen, die im Besitz einer illegalen Waffe seien, die Möglichkeit erhielten, diese zu entsorgen, ohne sich strafbar zu machen.

Da die Koalition mit ihrem Änderungsantrag ihre grundsätzliche Unterstützung signalisiere, sei die FDP bereit, diesen zu akzeptieren.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) erklärt, er halte das Wiederaufgreifen der früheren Vorschrift des Waffengesetzes, für eine Übergangszeit die Abgabe illegaler Waffen zu ermöglichen, ohne dass die Beteiligten eine Verfolgung seitens der Staatsanwaltschaft zu erwarten hätten, für vernünftig.

Benedikt Lux (Grüne) meint, die Grünen begrüßten den Antrag der FDP. Man müsse aber noch weiter gehen und für eine Reduzierung der Waffen insgesamt sorgen. – Senator Dr. Körting solle bald auch für Kontrollen ohne Verdacht sorgen, damit gewährleistet werde, dass die Waffen im Privatbesitz ordentlich gelagert würden.

Thomas Kleineidam (SPD) bemerkt, in der Intention seien anscheinend alle Fraktionen auf einer Linie. Da auch schon in der großen Koalition auf Bundesebene entsprechende Diskussionen geführt würden, sei zu

hoffen, dass dort noch vor den Bundestagswahlen eine Gesetzesänderung zustande komme. Insofern habe die Koalition es für sinnvoll gehalten, den Antrag der FDP abzuändern und nur eine Unterstützung im Bundesrat zu fordern.

Er schlage vor, die anderen Fragen im Zusammenhang mit dem Waffenrecht ausführlich im Rahmen einer Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs zu erörtern.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) warnt die FDP davor, sich Illusionen bezüglich der Wirksamkeit solch einer Maßnahme zu machen. Einen Versuch sei es aber dennoch wert.

Dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen werde die CDU sich anschließen, wenn es auch bedauerlich sei, dass er nicht auf die von der FDP geforderte Kampagne in Schulen Bezug nehme. Ein dauerhafter Erfolg könne nur erzielt werden, wenn eine gesellschaftliche Diskussion vor allem über moralische Fragen und den Umgang mit Waffen und Killer-Computerspielen geführt werde.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) stellt klar, Berlin werde einen Antrag auf Amnestie unterstützen. Jetzt sei eine schnelle Änderung des Waffengesetzes auf Bundesebene notwendig. Anträgen, die über die Amnestie hinausgingen, werde Berlin ebenfalls zustimmen, aber notfalls auch Teillösungen. Insbesondere die Frage der großkalibrigen Waffen halte er für entscheidend für die Griffbarkeit des Waffenrechts. Verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Nachschau würden dadurch ausgeräumt, dass jeder, der einen Waffenschein bzw. eine Waffenbesitzkarte beantrage, sich mit einer Nachschau einverstanden erklären müsse. Waffenschränke seien schon jetzt vorgeschrieben. Da diese allein jedoch keine Sicherheit garantierten, wäre es ein wichtiger Schritt nach vorn, die bereits auf Erbwaffen angewandte Regelung, Waffen mit einem Blockiersystem zu sichern, generell auf alle großkalibrigen Waffen auszudehnen.

Thomas Kleineidam (SPD) weist Abg. Dr. Juhnke darauf hin, dass im Änderungsantrag der Gedanke, Belohnungen für die Abgabe von illegalen Waffen zuzusagen, weggefallen sei. Der Senat werde jedoch dazu aufgefordert, „durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass die Amnestie ein Erfolg wird“. Dadurch werde eine gesellschaftliche Debatte gewährleistet sein.

Benedikt Lux (Grüne) erinnert daran, dass bei der letzten Amnestieaktion geeignete Kampagnen zur Abgabe von Waffen gefehlt hätten. Das Land Bremen habe die Schülerinnen und Schüler in den Schulen direkt aufgefordert, Waffen abzuliefern. Während dort mehrere hundert Waffen abgegeben worden seien, habe man in Berlin nur eine Hand voll zählen können.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Rechtsausschuss die Annahme des Antrags in der Fassung des Änderungsantrags zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
**Mehr Personaleinsatz der Polizei
für die Jugendverkehrsschulen**
Drs 16/1919

0127
InnSichO
+StadtVerk
+BildJugFam(f)
+Hauptausschuss

Dr. Robbin Juhnke (CDU) macht auf die große Bedeutung von Jugendverkehrsschulen aufmerksam. Umso ärgerlicher sei es, dass die Verkehrserziehung eines Kindes zurzeit davon abhängig sei, in welchem Bezirk es aufwache. Es gebe keinen einheitlichen Standard. Da die Mittel für die Verkehrserziehung gekürzt worden seien, finde diese in der Regel durch ehrenamtliche Mitarbeiter statt. Daher werde der Senat in dem Antrag aufgefordert sicherzustellen, dass die Verkehrserziehung der Kinder und Jugendlichen in einem angemessenen Umfang und mit zusätzlichem Personal erbracht werden könne.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) antwortet, für die ehrenamtlichen Helfer könne er keine Stellung beziehen. Für die Berliner Polizei sei 2005 eine Grundregelung getroffen worden, wonach an den Öffnungstagen für die Radfahrerausbildung für bis zu vier zusammenhängende Stunden ein Verkehrssicherheitsberater der Polizei zur Verfügung gestellt werde. Die genauen Zeiten würden zwischen den Schulen und der Polizei vereinbart. In diesem Bereich sehe er hinsichtlich des Polizeieinsatzes keinen Handlungsbedarf.

Die Verkehrs- und Mobilitätserziehung liege nicht in der Verantwortung der Polizei, sondern sei nach der Grundschulverordnung Sache der Schulen. Die Polizei wirke lediglich mit. Zurzeit gebe es in Berlin 26 Jugendverkehrsschulen. Die Mitarbeiter der Polizei machten dort eine hervorragende Arbeit. Allerdings dürften sie nicht für die Reparatur von Fahrrädern benutzt werden, wie es in der Vergangenheit geschehen sei.

Thomas Kleineidam (SPD) bemerkt, die Diskussion sei bereits 2005 geführt worden. Zurzeit sehe er bei der Berliner Polizei auch nicht so viele personelle Überkapazitäten, dass diese Aufgaben übernehmen könnte, für die sie nicht originär zuständig sei. Daher werde die Koalition den Antrag ablehnen.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) berichtet, in seinem Wohnbezirk werde die Verkehrserziehung seit Jahren von einem ehemaligen Polizeibeamten übernommen, der mittlerweile ein höheres Alter erreicht habe. Wenn dieser sich der Verkehrserziehung nicht mehr annehmen könne, werde es in dem Bezirk keine mehr geben. Das Bezirksamt kümmere sich zwar darum, aber vom Senat gebe es diesbezüglich keine Unterstützung. Die Durchführung der Verkehrserziehung könne nicht von ehrenamtlich tätigen pensionierten Beamten abhängig gemacht werden. Offensichtlich gebe es hier Handlungsbedarf, denn auch SenStadt habe zu diesem Thema ein Evaluationsgutachten in Auftrag gegeben.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) erwidert, das Angebot der Verkehrssicherheitsberatung, das die Polizei mache, gelte für alle Bezirke. Wenn im Bezirk Neukölln der pensionierte Polizeibeamte ausscheide, werde der Polizeipräsident bei Anforderung einen neuen Verkehrssicherheitsberater für die Verkehrsschule delegieren.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Bildungsausschuss die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besondere Vorkommnisse
Polizeieinsätze am 30. April und 1. Mai 2009

in Verbindung mit

- b) Besprechung gem. § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Einsatzkonzept der Polizei bei den Einsätzen
am 1. Mai 2009**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

0162
InnSichO

Björn Jotzo (FDP) erklärt, da der Einsatz der Polizei am 1. Mai nicht so gelaufen sei, wie es wünschenswert gewesen wäre, stelle die FDP-Fraktion dem Innensenator folgende Fragen:

1. Zur Gefahreinschätzung vor dem 1. Mai: Senator Dr. Körting habe es für eher unwahrscheinlich gehalten, dass Gewalttaten aus den Aufzügen heraus verübt werden würden. Wie habe Senator Dr. Körting zu dieser fehlerhaften Einschätzung gelangen können? Hätte die Prognose bei Würdigung aller Umstände nicht anders lauten müssen?

2. Wie habe sich das Einsatzkonzept konkret gestaltet? Sei der Kräfteansatz so konzipiert gewesen, dass ausreichend Polizeibeamte auf unerwartete Entwicklungen im Brennpunkt des Geschehens hätten reagieren können? Die Polizei, die am 1. Mai vor Ort zu beobachten gewesen sei, habe teilweise unkoordiniert gewirkt

und unfähig, ihren polizeilichen Auftrag, für rechtmäßige Zustände zu sorgen, auszuführen. Auf veränderte Rahmenbedingungen habe sie nicht schnell und adäquat reagieren können.

3. Wie habe sich der Einsatz gestaltet, als die Veranstaltungen nicht nach den Vorstellungen verlaufen seien? Welche Befehle seien in dieser Situation ausgegeben worden, und wie sei dafür gesorgt worden, wieder rechtmäßige Zustände herzustellen? Wie seien die Polizeikräfte in der konkreten Situation umdisponiert worden?

Er erwarte umfassende Antworten auf die Fragen. Ein Versteckspiel hinter wortreichen Erklärungen, wie es in der Vergangenheit oft betrieben worden sei, wäre eine Missachtung des Parlaments.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) dankt den Polizeikräften der Länder, des Bundes und Berlins für ihren Einsatz. Den verletzten Kolleginnen und Kollegen wünsche er, dass sie schnell wieder gesund würden. Die Kolleginnen und Kollegen seien an diesem 1. Mai mit einer schwierigeren Situation konfrontiert worden als in den vergangenen Jahren und seien ihr auch weitgehend gerecht geworden.

Die Walpurgisnacht habe sich in dem erwarteten Rahmen bewegt. Auch auf der NPD-Demonstration am 1. Mai in Köpenick und den drei Gegenveranstaltungen sei es bis auf kleinere Probleme zu keinen größeren Vorgängen gekommen.

Die „Revolutionäre 1.-Mai-Demonstration“ und die Mayday-Parade sei ebenfalls weitgehend ruhig verlaufen. Das gelte erst recht für das Myfest, auf dem dieses Mal 20 000 bis 30 000 Menschen gefeiert hätten. Er bedanke sich bei den Organisatoren und den Bürgerinnen und Bürgern, die für die Veranstaltung des Myfests verantwortlich gewesen seien. Das Fest trage wesentlich dazu bei, den Kreuzberger Kiez am 1. Mai friedlich zu halten.

Eine komplizierte Situation habe die Polizei durch das Basketball-Final-Four der Euroliga zwischen Panathinaikos Athen und Olympiakos Piräus in der O2-World erwartet, zu dem griechische Hooligans angekündigt worden seien. Bis auf geringe Ausnahmen hätten sich die Fans jedoch weitgehend sportorientiert verhalten.

Einen herben Rückschlag bei ihren Bemühungen um einen friedlichen 1. Mai habe die Polizei auf und im Anschluss der 18-Uhr-Demonstration erlitten. Es seien 479 verletzte Polizeibeamte und 289 Festnahmen wegen Landfriedensbruchs oder ähnlicher Delikte gezählt worden. Das Ausmaß an Gewalt, das am Kottbusser Tor zu beobachten gewesen sei, sei „zutiefst erschreckend“ gewesen.

Eine Prognose sei keine Prophezeiung. Sie werde aufgrund vorliegender Indizien und Fakten erstellt. Die Prognose zum diesjährigen 1. Mai sei weitgehend erfüllt worden. Die Prognose für die 18-Uhr-Demonstration, dass ein gefährdendes Ereignis während der Demonstration eher unwahrscheinlich sei, sei nicht eingetroffen. Für die Zeit nach der Demonstration sei mit Gewalttätigkeiten gerechnet worden. Aufgrund dieser Prognosen habe die Polizei sich mit entsprechendem Personal auf alle Möglichkeiten eingestellt.

Nachdem es aufgrund der zahlreichen angekündigten Demonstrationen im Bundesgebiet anfangs schwierig gewesen sei, eine Zusage für Unterstützungskräfte zu erhalten, sei Berlin letztlich mit drei Hundertschaften aus Hamburg mit insgesamt 400 Kräften und einer weiteren Hundertschaft aus Mecklenburg-Vorpommern versorgt worden. Insgesamt hätten zur Bewältigung des 1.-Mai-Abends 5 800 Kräfte zur Verfügung gestanden. 3 000 Kräfte seien allein in Kreuzberg eingesetzt worden.

Das Konzept zum 1. Mai werde von den Polizeifachleuten erarbeitet. Das Konzept der ausgestreckten Hand habe auch er unterstützt. Auch nach den Ereignissen des letzten 1. Mai stehe er noch dahinter. Insofern überraschten Äußerungen insbesondere der CDU und der FDP der Presse gegenüber, dass die Konzeption verändert werden müsse. In der CDU-Presseerklärung von 2007 habe Abg. Henkel noch bestätigt, dass die Polizeitaktik der ausgestreckten Hand aufgegangen sei. Und auch Abg. Jotzo habe in der letzten Plenardebatte am 30. April noch bestätigt, dass die Konzeption vom Grundsatz her richtig sei. Er warne davor, jetzt in einer Kurzschlussreaktion ein Konzept über Bord zu werfen, weil es in diesem Jahr nicht genau zu dem

gewünschten Ergebnis geführt habe. Das Konzept der ausgestreckten Hand habe in den letzten drei Jahren zu einer erheblichen Reduzierung der Gewalt zum 1. Mai geführt.

Polizeitaktische Fragen zum 1. Mai könne nur der Einsatzführer beantworten. Seine Aufgabe als Politiker sei, die Polizei zu unterstützen, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und ggf. Fragen zu stellen. Er halte keine der am Abend des 1. Mai von einem Einsatzführer getroffenen Entscheidungen für fragwürdig. In der konkreten Situation müsse jeweils eine schnelle Entscheidung getroffen werden. Er warne davor, im Nachhinein alles besser wissen zu wollen.

Wer die Politik und die Polizei mit in die Haftung für die Gewalttaten nehme, verharmlose Gewalttaten und entschuldige sie. Man müsse gemeinsam eine Offensive gegen Gewalt starten. Zurzeit verkämen diese Bemühungen in Polemik. Was ihn umtreibe, sei aber nicht die Polemik in der Presse, auch nicht die Beiträge von Herrn Westerwelle und anderen, sondern die massive Gewaltbereitschaft. Er wüsste gern, was die 289 Festgenommenen zu der Gewalt getrieben habe, und werde die Fälle einzeln von der Landeskommision gegen Gewalt untersuchen lassen. Offensichtlich habe nur ein gutes Dutzend von ihnen Staats- oder Verfassungsschutzerkennnisse. Die Frage nach den Motiven müsse auch im Hinblick auf autonome Gruppen gestellt werden, die zwar nur teilweise selbst gewaltbereit seien, aber anderen – seiner Meinung nach bewusst – Gelegenheit zur Gewalt verschafften.

Polizeipräsident Dieter Glietsch berichtet, die vergangene Woche sei zu einer ersten intensiven Einsatznachbereitung mit den Führungskräften aller Ebenen genutzt worden. Die fachliche Einsatznachbereitung werde noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Sein Fazit am Ende dieser ersten Woche: Kritische Fragen seien vor dem Hintergrund von 479 verletzten Polizeibeamten berechtigt und verständlich. Die in den Medien zum Teil geäußerten massiven Vorwürfe hinsichtlich der Einsatzkonzeption und taktischer Entscheidungen im Einsatz halte er jedoch für unbegründet. Der Einsatz sei aufgrund einer Gefahrenprognose der Fachdienststellen, die so gut gewesen sei, wie sie aufgrund der Erkenntnislage habe sein können, wie auch in den vergangenen Jahren sorgfältig vorbereitet und verantwortungsbewusst geführt worden. Für ihn wie auch für die verantwortlichen Führungskräfte in der Behörde sei es selbstverständlich, dass nach einem so komplexen Einsatzgeschehen in der Einsatzdurchführung in der Nachbereitung noch Optimierungsmöglichkeiten festgestellt würden.

Erster Direktor beim Polizeipräsidenten Jürgen Klug (Stabsleiter) führt aus, die Lage in Kreuzberg sei von der Gesamtsituation am 1. Mai in der Bundesrepublik geprägt gewesen. Das Ringen um Einsatzkräfte habe nicht nur in Berlin stattgefunden, sondern auch in anderen Orten, sodass es schwierig gewesen sei, die Kräfte fristgerecht nach Berlin zu bekommen und rechtzeitig in die Situation einweisen zu können.

Berlin sei von deutlich mehr Veranstaltungen gekennzeichnet gewesen als in den letzten Jahren. Auch die Dauer eines Einsatzes spiele eine Rolle für den Kräfteansatz. Am Vormittag hätten die DGB-Veranstaltungen stattgefunden, in Köpenick eine Veranstaltung des NPD-Bundesvorstands. Das Myfest in Kreuzberg habe mit drei Demonstrationen stattgefunden, und dass das Basketballspiel problemlos ablaufen würde, sei nicht im Vorhinein klar gewesen.

Nachdem ihm für den 1. Mai die stadtweite Führung als verantwortlicher Einsatzleiter übertragen worden sei, habe sich die Polizei entschlossen, das in den vergangenen Jahren erfolgreich praktizierte Konzept der ausgestreckten Hand konsequent fortzusetzen. Das Ziel sei gewesen, einerseits mit konfliktmindernden und gewaltdämpfenden Maßnahmen sowie andererseits mit differenziertem und problembewusstem Einsatz bei Störungen einen friedlichen Gesamtverlauf zu erreichen. Das Einsatzkonzept habe wie auch in den Vorjahren die abgestufte Präsenz von unterschiedlich ausgestatteten Kräften und jeweils angemessene Reaktionen auf die Endlageentwicklung vorgesehen. Um Gewalt wirksam zu bekämpfen, sei in den Leitlinien des Polizeiführers ausdrücklich Folgendes angeordnet:

Gegen Gewalt ist gezielt, schnell, offensiv, konsequent und beweissicher bei niedriger Einschreitschwelle im Rahmen der gemeinsam vorab festgelegten Konzepte vorzugehen – dies erfordert bei der Begehung von Straftaten oder erheblichen Störungen ein eigenverantwortliches, selbstständiges Handeln der Führungskräfte aller Ebenen im Rahmen dieser Leitlinien, ohne auf Einzelweisungen des Polizeiführers zu warten.

Die Berliner Polizei habe am 1. Mai 2009 dieses Jahres insgesamt 5 761 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt, unter ihnen 1 745 Unterstützungskräfte aus anderen Bundesländern und von der Bundespolizei. Zur Bewältigung der Vielzahl der Einsatzanlässe in Berlin habe die Polizei im Vorfeld bundesweit zunächst 18 Einheiten angefordert, später insgesamt 20 Einheiten. Teilkkräfte, die sich am 1. Mai bereits ab 6 Uhr in Köpenick im Einsatz befunden hätten, habe man für den weiteren Einsatz in Kreuzberg einplanen müssen, der für einige Kräfte bis um 4.30 Uhr am nächsten Morgen gedauert habe.

Nach einer Lageveränderung am 1. Mai in Hannover sei in den Mittagsstunden des 1. Mai eine Abteilung der Bereitschaftspolizei Hamburg mit drei Einsatzhundertschaften für Berlin freigegeben worden. Durch das Land Mecklenburg-Vorpommern seien – ebenfalls erst in der Mittagszeit des 1. Mai – noch Teilkkräfte einer Einsatzhundertschaft und einer Festnahmeinheit zur Verfügung gestellt worden. In den späteren Stunden des Tages habe dann noch eine in Reserve befindliche Einsatzeinheit der Bundespolizei angeboten und unterstellt werden können. Somit hätten sich am 1. Mai 14 Einsatzhundertschaften und 6 Abschnittshundertschaften aus Berlin im Einsatz befunden, inklusive der beiden Führungsstäbe der Bereitschaftspolizei, und darüber hinaus drei Abteilungsstäbe, 12 Einsatzhundertschaften, 4 Festnahmeeinheiten und 2 technische Einsatzeinheiten zur Unterstützung. Neben mehreren eigenen Wasserwerfern und Sonderwagen habe auch auf schweres Gerät der Bundespolizei sowie des Landes Brandenburg zurückgegriffen werden können, sofern Bedarf bestanden hätte. Die von der Bereitschaftspolizei Hamburg nachgeführten Wasserwerfer und Sonderwagen hätten unmittelbar nach Erreichen Berlins wieder zurückgeschickt werden müssen, weil es in Hamburg inzwischen zu einer eigenen Lageentwicklung gekommen sei.

In Köpenick sei die Lage ab den frühen Vormittagsstunden durch die Veranstaltung der NPD und drei Gegenveranstaltungen geprägt gewesen. In Gesprächen mit dem Versammlungsanmelder der NPD sei festgelegt worden, dass der Zu- und Abstrom der Veranstaltungsteilnehmer über den S-Bahnhof Köpenick und die Borgmannstraße zu erfolgen habe. Die Durchführung einer Kundgebung erfolge von 14 bis 15 Uhr auf dem Mandrellaplatz. Ein ursprünglich geplanter Aufzug finde nicht statt. Auf den Aufbau einer Bühne auf öffentlichem Straßenland werde verzichtet. Der Rest der Veranstaltung finde auf dem Hof der NPD-Zentrale statt, der für den Zeitraum der Veranstaltung öffentlich werde. Die Veranstaltung der NPD sei wie geplant über die Bühne gegangen.

Für die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen hätten ihm in Köpenick ca. 1 280 Beamte zur Verfügung gestanden.

Die Gegenveranstaltungen in Köpenick hätten sich insgesamt als problemlos erwiesen. Einige Ereignisse, die die Polizei im Einsatz beeinflusst hätten: In der Puchanstraße in Köpenick habe eine männliche Person der rechten Szene die Teilnehmer des Aufzugs „Für Demokratie, gegen Rechtsextremismus“ durch Zeigen eines Hitlergrußes von einem Balkon provoziert. Daraufhin sei es zu Steinwürfen auf diese Person gekommen und zum Anlegen der Vermummung im Aufzug. Einem Steinwerfer habe die Freiheit entzogen werden können. Die provozierende männliche Person sei ebenfalls in Gewahrsam genommen worden. Durch den Zwischenfall habe sich die Stimmung im Aufzug stark aufgeheizt. Das Bereitstellen von starken Polizeikräften sowie die Bekanntgabe der Festnahme des Täters habe dann beruhigend gewirkt. Der Aufzug habe ohne weitere Vorkommnisse um 13.05 Uhr an dem geplanten Endplatz Seelenbinderstraße/Bahnhofstraße geendet.

Eine gegen 10 Uhr begonnene Sitzblockade im Bahnhof Köpenick sei um 10.39 Uhr durch die Bundespolizei mit Unterstützung von Aufklärungskräften und Kräften der Berliner Polizei aufgelöst worden. Dabei sei es zu Widerstandshandlungen und vereinzelt Flaschenwürfen gekommen. In Einzelfällen sei es zum Einsatz von Pfefferspray gekommen. Um 10.47 Uhr seien alle Personen in Richtung Ausgang abgedrängt worden. Unter den Teilnehmern dieser Sitzblockade habe sich auch eine Abgeordnete aus Berlin befunden. Nachdem die vor ihr befindliche Personengruppe durch Einsatzkräfte entfernt worden sei, sei diese Abgeordnete aufgestanden und habe sich in langsamem Gehtempo selbstständig in Richtung Bahnsteigausgang begeben. Da eine Vielzahl von nunmehr freiwillig aufstehenden Störern nicht weitergelaufen sei, seien sie in Richtung Treppenabgang ebenfalls mittels einfacher körperlicher Gewalt abgedrängt worden. Die Störer, die auf der Anfahrt zum S-Bahnhof Köpenick durch Zettelverteilung aufgefordert worden seien, sich nach Eintreffen gleich auf den Bahnsteig zu setzen, hätten kaum Einsicht in die polizeilichen Maßnahmen gezeigt und

z. T. mit Widerstandshandlungen reagiert. In der Zeit von 10.18 bis 11.35 Uhr sei der S-Bahnverkehr zwischen Ostbahnhof und Erkner wegen der Blockadeaktion auf dem Bahnhof Köpenick unterbrochen worden.

Im Bereich Bahnhof Köpenick/Stellingdamm hätten sich gegen 11.05 Uhr ca. 400 bis 500 Personen aufgehalten. Während des Versuchs, auf den Bahnsteig zu gelangen, um die Anreise von Personen der rechten Szene zu verhindern, sei es zu Flaschenwürfen auf Polizeibeamte gekommen. In diesem Zusammenhang sei eine Freiheitsentziehung durchgeführt worden.

Insgesamt sei es im Bereich Köpenick sowohl bei rechten als auch bei Gegendemonstranten zu 42 Freiheitsentziehungen gekommen. Sechs Beamte der Berliner Einsatzeinheiten seien durch Steinwürfe verletzt worden.

In Kreuzberg hätten das Myfest, die 13-Uhr-Demonstration, die Mayday-Demonstration und der 18-Uhr-Aufzug stattgefunden. Bis auf einige Farbbeutelwürfe am Bundesfinanzministerium während der Mayday-Demonstration seien die ersten beiden Aufzüge ohne Vorkommnisse verlaufen.

Zur dritten Demonstration: In Vertretung des Veranstalters habe ein Rechtsanwalt mit Schreiben vom 28. März 2009 die Demonstration unter dem Motto „Kapitalismus ist Krise und Krieg – für soziale Revolution“ für den 1. Mai von 17 bis 23 Uhr angemeldet. Zur Versammlung seien ca. 8 000 Teilnehmer vom Anmelder erwartet worden. Bei dem am 8. April mit dem Veranstalter in Begleitung des Rechtsanwalts stattfindenden Veranstaltergespräch sei die Demonstrationsroute abgestimmt worden. Der Vertreter des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg habe auf den Abstimmungsbedarf zwischen dem Versammlungsmelder und dem Myfest-Koordinator hingewiesen. Durch die Versammlungsbehörde sei am 28. April eine Anmeldebestätigung mit Auflagenbescheid erteilt worden. Danach hätten Transparente und Plakate mit einer Gesamtlänge von über 1,50 m nicht längs der Außenseiten des Aufzugs getragen werden dürfen. Seitlich mitgeführte Transparente hätten nicht verbunden werden dürfen. Weiterhin sei das Mitführen von Glasflaschen oder anderen Glasbehältnissen sowie Dosen und das Tragen von Stahlkappenschuhen untersagt worden. Diese Auflagen seien den Versammlungsteilnehmern vor Ort – ggf. auch wiederholt – bekannt zu geben gewesen.

Die Einsatzplanung habe mit mehr als 2 440 Polizeikräften für Kreuzberg einen Schwerpunkt des Kräfteansatzes vorgesehen. Darunter hätten sich Einsatzkräfte der Berliner Bereitschaftspolizei, mehrere Einsatzeinheiten der Direktionen, aber auch die Unterstützungskräfte des Landes Brandenburg und einer Bundespolizeiabteilung befunden. Andere Kräfte seien erst zu einem späteren Zeitpunkt hinzugekommen. Die Kräfte seien teilweise schon am Vortag im Rahmen der Walpurgisnacht eingesetzt worden, hätten jedoch nach einer Ruhezeit wieder zur Verfügung gestanden. Auch Teilkkräfte der in Köpenick eingesetzten Berliner Bereitschaftspolizei seien in den Abend- und Nachtstunden in Kreuzberg eingesetzt worden. Nachdem auch die Hamburger und die Mecklenburger Kräfte eingetroffen seien, hätten der Direktion 5 für Maßnahmen in Kreuzberg zusätzlich weitere 870 Beamte zur Verfügung gestanden. Nach 22.30 Uhr seien in der Direktion 5 insgesamt mehr als 3 000 Polizeibeamte eingesetzt gewesen.

Direktor beim Polizeipräsidenten Bernhard Kufka (Leiter der Direktion 5) weist darauf hin, dass der Einsatz in diesem Jahr sein sechster 1.-Mai-Einsatz in Folge als Leiter des Einsatzabschnitts Kreuzberg gewesen sei. Das Konzept sei ihm also nicht nur bestens bekannt, sondern er habe es in den vergangenen Jahren persönlich mitentwickelt.

Wer die Ereignisse des 1. Mai 2009 bewerten wolle, dürfe den Tag nicht losgelöst von einer Entwicklung über mehrere Jahre betrachten. Die Demonstration und das Myfest müssten deutlich voneinander getrennt werden. Andererseits habe es immer wieder gegenseitige Abhängigkeiten der beiden Veranstaltungen gegeben. 2003 habe bezüglich des 1. Mai ein Prozess des Umdenkens eingesetzt, und es sei die Idee entstanden, den Raum der bisherigen Ausschreitungen mit Menschen zu besetzen, die im Rahmen eines Festes eine politische Meinung kundgeben wollten. Das Ziel sei gewesen, den Krawallmachern den Raum zu nehmen.

Es sei allen Beteiligten klar gewesen, dass man das nur schaffen könnte, wenn nicht nur die Menschen im Kiez, sondern alle, die etwas beitragen könnten, an dieser Idee mitarbeiteten und auch und insbesondere die Polizei, vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Direktion 5. Die Kreuzberger Kolleginnen und Kollegen seien daran beteiligt gewesen, Konzepte zu entwickeln. In jedem Jahr seien vor dem 1. Mai ca. 6 000 Schülerinnen und Schüler über das Thema Antigewalt informiert worden. Das ganze Jahr über und besonders intensiv vor dem 1. Mai hatten Gespräche mit den Migrantenvereinen stattgefunden. Im Laufe der Jahre sei es zunehmend gelungen, die Jugendlichen – häufig mit Migrationshintergrund –, die am 1. Mai Probleme bereitet hätten, einzubinden. In diesem Jahr hätten sich 200 junge Menschen bereitgefunden, sich bei den Vorbereitungen für das Myfest und bei seiner Durchführung zu engagieren.

Inzwischen gehöre die Polizei zu Stadtbild am 1. Mai und zum Myfest. Die Polizei suche keine Distanz, sondern den direkten Kontakt. Aus diesem Grund sei sie nicht, wie in früheren Jahren, mit Fahrzeugen unterwegs, sondern zu Fuß. Im Laufe der Jahre sei ein Konzept entwickelt worden, nach dem ganze Hundertschaften auf Hinterhöfen postiert worden seien, um je nach Lageentwicklung schnell an den jeweiligen Brennpunkt herangeführt werden zu können.

Das Konzept habe im Laufe der Jahre von allen Seiten zunehmend Akzeptanz gefunden. Auch in diesem Jahr habe es angewandt werden sollen. Auf der anderen Seite habe die Entwicklung der um 13 Uhr begonnenen Revolutionären 1. Mai-Demonstration gestanden, die um 16 Uhr das Myfest hätte verlassen haben sollen. Die Mayday-Parade sei eher durch fantasievolle als durch besonders gewalttätige Aktionen aufgefallen. Das Problem sei die besonders hohe Teilnehmerzahl gewesen.

Die 18-Uhr-Demonstration, schon immer ein besonderes Problem bei der polizeilichen Einsatzbewältigung, sei schon immer so angelegt gewesen, dass sie dicht am Myfest starten und dann durch das Myfest ziehen sollen. 2004, 2005 und 2006 habe die Polizei in Absprache mit dem Veranstalter des Myfests, dem Bezirksbürgermeister, immer ein Verbot ausgesprochen, den Aufzug durch das Myfest ziehen zu lassen. Denn da eine Begleitung von Polizeikräften durch das Myfest nicht möglich gewesen wäre, hätte die Gefahr bestanden, dass Unfriedlichkeiten in das Fest hereingetragen worden wären. Andererseits hätten sich Festteilnehmer ohne Vorkontrolle dem Aufzug anschließen können. 2004, 2005 und 2006 habe es im Myfest und außerhalb des Festes dann jedoch Spontanaufzüge mit bis zu 1 500 Teilnehmern gegeben, teilweise mit erheblichen Auswirkungen. 2005 sei es der Polizei nur mit Mühe gelungen, den Spontanaufzug kurz vor dem Axel-Springer-Haus zu stoppen. Damals seien mehrere beschädigte Fahrzeuge zu verzeichnen gewesen.

In Konsequenz habe sich die Frage gestellt, inwieweit eine Gewaltreduzierung möglich wäre, wenn man den Aufzug durch das Myfest ziehen ließe. Die Polizei und insbesondere er als verantwortlicher Leiter seien diesbezüglich skeptisch gewesen. Mit dem Ziel, Schaden von der Allgemeinheit abzuwenden und gleichzeitig die Anzahl der verletzten Polizeibeamten zu reduzieren, sei dem Veranstalter des Aufzugs 2007 dann aber erlaubt worden, durch das Myfest zu ziehen. Eine polizeiliche Begleitung des Aufzugs durch das Fest sei nicht möglich gewesen. Einige Antikonfliktteams hätten Kontakt zum Aufzug gehalten. Ansonsten seien Spitzen und Schlusskräfte vorgesehen gewesen und eine sofortige seitliche Begleitung, sobald es zu Gewalttätigkeiten gekommen wäre. Letztlich sei der Aufzug 2007 trotz einer Teilnehmerzahl von 1 500 ohne Probleme beendet worden. Ein Nachteil sei gewesen, dass es für die nächsten Jahre keinen Grund mehr gegeben habe, den Durchzug durch das Myfest zu verwehren.

Von den über 3 000 Teilnehmern des Aufzugs 2008 seien ca. 1 000 bis 1 500 der gewaltbereiten Szene zuzurechnen gewesen. Am Antrepletz und auf den ersten Metern habe es Provokationen der Aufzugsteilnehmer gegeben. Nachdem die Polizei nicht reagiert habe wie erhofft, sei der Aufzug bis zum Lausitzer Platz friedlich verlaufen. Kurz vor dem Eintreffen am Kottbusser Tor hätten dann massive Störungen stattgefunden. Da der Durchzug durch das Myfest aber problemlos gewesen und es weder am Antre- noch am Endplatz zu größeren Ausschreitungen gekommen sei, habe die Versammlungsbehörde auch 2009 keine rechtlichen Versagungsgründe gesehen, einem erneuten Antrag stattzugeben. – Dieser historische Hintergrund sei wichtig, um die zukünftige Einsatzvorbereitung bewerten zu können.

Auf der Grundlage der Lagebeurteilung, der Gefährdungseinschätzung, des Veranstaltergesprächs und der zugewiesenen Kräfte habe er in diesem Jahr folgende Einsatzkonzeption entwickelt: Durch die Beauftragung

des örtlich zuständigen Polizeiabschnitts 53 mit dem zentralen Veranstaltungsschutz des Myfests seien allein 143 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt worden, die mit dem zu erwartenden Personenkreis und der entsprechenden Lageentwicklung umzugehen gewusst hätten. Darüber hinaus sei – wie auch in den letzten fünf Jahren – die 1. Bereitschaftspolizeiabteilung in diesem Bereich eingesetzt worden, deren Einsatzkräfte über entsprechende Erfahrungen verfügten. Im Zusammenhang mit den Veranstaltern des Myfests habe sich im Laufe der Jahre das Konzept des Durchmischens als erfolgreich erwiesen. Dieses beinhalte das Gewährleisten des abgestuften frühzeitigen Abzugs aller Einsatzkräfte des Abschnitts 53 unter gleichzeitiger sukzessiver Übernahme von Streifen- und Überwachungsmaßnahmen innerhalb des Myfests durch Durchmischung des Einsatzraumes mit Teilkraften der geschlossenen Einheit im Einsatzanzug, das heiÙe gegenläufiges Streifen in Maximalgruppenstärken in besonders eng zu begrenzenden relevanten Bereichen. Diese besondere Maßnahme habe zu einer besonderen Akzeptanz der Einsatzkräfte bei den Veranstaltungsteilnehmern geführt und den Kräften ermöglicht, zeitnah auf Störer einzuwirken. Die Notwendigkeit eines sensiblen Einsatzes von Kräften mit Kiezkenntnissen unter beständiger Streifentätigkeit bis hin zur Durchführung von Freiheitsentziehungen bei Straftaten spiegele sich auch in seinen Einsatzleitlinien wider, die auf den Einsatzleitlinien des Gesamteinsatzleiters aufgebaut gewesen seien. Die in den vergangenen Tagen in einigen Medien erhobenen Vorwürfe, Polizeikräfte hätten die Weisung erhalten, sich im Kiez nicht blicken zu lassen oder sich in Hauseingängen zu verstecken, um nicht zu provozieren, entbehrten jeglicher Grundlage.

In den letzten Jahren sei der an den südlichen Bereich des Myfests angrenzende Teil der Skalitzer Straße immer wieder zum Brennpunkt geworden. Da Maßnahmen in diesem Bereich direkten Einfluss auf das Myfest hätten, seien der Bereich Skalitzer Straße vom Kottbusser Tor bis zur Wiener Straße zur Nahtstellenminimierung dem Unterabschnitt Veranstaltungsschutz zugewiesen worden. Weiterhin habe er einen Raumschutzbereich vorgesehen, der zur Minimierung von Nahtstellenproblemen in diesem Jahr erstmals nicht räumlich unterteilt worden sei. Damit sei sichergestellt gewesen, dass jeweils die gleichen Kräfte rund um das Myfest tätig gewesen seien bzw. die durch den Bereich führenden Aufzüge auf beiden Seiten mit Maßnahmen des Raumschutzes hätten flankierend begleiten können. Zusätzlich sei durch den Unterabschnitt Raumschutz der 13-Uhr-Aufzug betreut worden.

Aufgrund des Einsatzes der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung im Rahmen der NPD-Veranstaltung in Köpenick und des dortigen ungewissen Einsatzverlaufs seien feste Planungen hinsichtlich des Einsatzes im Einsatzabschnitt 5 nur eingeschränkt möglich gewesen. Es habe sich deshalb von vornherein verboten, die 2. Berliner Bereitschaftspolizeiabteilung etwa für die Begleitung der 18-Uhr-Demonstration vorzusehen. Deshalb sei sie nach Unterstellung der Direktion 5 für die Bereinigung von Brennpunktlagen ggf. unter Zuweisung eigener fester Einsatzräume zur Entlastung der anderen Unterabschnitte vorgesehen gewesen.

Im vergangenen Jahr sei es auf der Achse Skalitzer Straße bis einschl. Kreuzung Wiener Straße zu 124 von 147 Freiheitsentziehungen gekommen. Hiervon seien allein 31 zum Ende des Aufzugs erfolgt. Deshalb sei diese Achse bereits als fester Einsatzraum für die 2. Bereitschaftspolizeiabteilung als ortskundige und geübte Kräfte vorgeplant gewesen.

Eine Begleitung der 18-Uhr-Demonstration durch das Myfest habe wie im vergangenen Jahr nur durch Beamte des Antikonfliktteams erfolgen sollen. Nach den positiven Erfahrungen im Jahr 2008, in dem der Aufzug durch eine Abteilung aus Nordrhein-Westfalen mit vier eigenen Hundertschaften erfolgreich betreut worden sei, habe in diesem Jahr die Bereitschaftspolizeiabteilung Blumberg, ebenfalls mit vier eigenen Hundertschaften, die polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der 18-Uhr-Demonstration durchzuführen gehabt. Die Bereitschaftspolizeiabteilung habe damit über ein ausreichendes Kräftepotenzial verfügt, um ggf. sofort eine seitliche Begleitung des Aufzugs vornehmen zu können. Darunter hätten sich auch besonders einsatzerfahrene Einheiten befunden, die die Berliner Polizei bereits seit vielen Jahren am 1. Mai unterstützten. Dem Leiter des Einsatzabschnitts seien mit dem Auftrag die angestrebte Zielrichtung sowie die Einsatzleitlinien verdeutlicht worden. In der Einsatzbesprechung habe eine Lagedarstellung stattgefunden. Anschließend seien dem Leiter der Aufzugsbegleitung ausführliche Einblicke in die Einsatzbewältigung und Aufzugsbegleitung der letzten Jahre am 1. Mai vermittelt worden, insbesondere das Prinzip der vorläufigen Zurückhaltung der Antikonfliktteams, Spitzen- und Schlusskräfte bis hin zur seitlichen Begleitung bei einem gewalttätigen Verlauf.

Dabei sei auch das beabsichtigte taktische Zusammenwirken der Unterabschnitte verdeutlicht worden. Für die Aufzugsbegleitung hätten rund 550 Beamte der Blumberg-Abteilung zur Verfügung gestanden. Diese Maßnahme sei auf beiden Seiten des Aufzugs mit jeweils einer Hundertschaft ortskundiger Berliner Einsatzkräfte des Raumschutzes mit insgesamt 220 Beamten flankiert worden. Diese Einheiten hätten insbesondere den Auftrag gehabt, dezentrale Aktionen im direkten Umfeld zu verhindern sowie bei massiven Störungen im Aufzug die Kräfte der Aufzugsbegleitung zu unterstützen. Für den Fall massiver Störungen hätten weitere starke Einsatzkräfte günstig positioniert bereitgestanden. Im Norden der Aufzugsstrecke – Skalitzer Straße bis zum Landwehrkanal – habe die 2. Bereitschaftspolizeiabteilung mit rd. 400 Beamten und im Süden nach zwischenzeitlich erfolgter Unterstellung die Abteilung der Hamburger Polizei mit rd. 360 Beamten zur Verfügung gestanden. Am Endplatz sei die Unterstützung der orts- und kiezkundigen Kräfte der Einsatzhundertschaft Direktion 5 durch zusätzliche knapp 100 Beamte vorgesehen gewesen. Damit habe die Kräfteausstattung genügend Handlungsspielraum gelassen, um auf denkbare Lageentwicklungen angemessen zu reagieren.

Dennoch sei klar gewesen, dass eine Auflösung der symbolträchtigen 18-Uhr-Demonstration wegen der damit verbundenen Gefahren der Beeinträchtigung des Myfests oder nur schwer beherrschbarer dezentraler Aktionen größeren Ausmaßes nur Ultima Ratio habe sein können. Vielmehr sei davon auszugehen gewesen, dass der Aufzug wie auch in den beiden Jahren zuvor je nach Lageentwicklung auf der vorgesehenen oder einer verkürzten Wegstrecke zum Endplatz habe führen sollen. Deshalb sei es besonders wichtig gewesen, die ortskundigen Kräfte der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung rechtzeitig die Skalitzer Straße besetzen zu lassen.

Zum Einsatzverlauf: Um 17 Uhr habe der für den Aufzug zuständige Polizeiführer persönlich das Gespräch mit dem Anmelder, Herrn Jermak, geführt. In diesem Gespräch seien die versammlungsrechtlichen Auflagen noch einmal erläutert und Mobilfunknummern zur Gewährleistung gegenseitiger Erreichbarkeiten ausgetauscht worden. Dabei sei insbesondere verdeutlicht worden, dass der Aufzug vorerst nur an der Spitze und am Ende mit Polizeikräften begleitet werde, aber im Fall von erheblichen Störungen oder Straftaten aus dem Aufzug heraus Polizeikräfte zur seitlichen Begleitung eingesetzt würden. Dieses Prinzip habe er persönlich auch Herrn Rechtsanwalt Richwin, dem Vertreter des Versammlungsleiters, verdeutlicht. Darüber hinaus sei zwischen dem Justitiar der Berliner Polizei und Herrn Rechtsanwalt Richwin die gegenseitige telefonische Erreichbarkeit sichergestellt worden. Bei diesem Treffen sei dem Versammlungsleiter auch der Verbindungsbeamte der Polizei zum Anmelder vorgestellt worden. Im weiteren Verlauf sei der Verbindungsbeamte zunächst in der Nähe des Anmelders geblieben.

Ab etwa 16.30 Uhr sei am Antreppplatz ein z. T. reger Zustrom erfolgt, der durch selektive Vorkontrollen überwacht worden sei. Um 18.03 Uhr hätten sich 4 000 bis 4 500 Personen, darunter auch bereits 1 300 gewaltbereite, am Antreppplatz befunden. Gegen 18.07 Uhr habe der Aufzug begonnen, sich mit der Spitze in Richtung Reichenberger Straße zu formieren. Bereits kurz davor hätten vereinzelte Teilnehmer Vermummung angelegt. Gegen 18.40 Uhr sei der Versammlungsleiter auf Auflagenverstöße und auf die an der Spitze des Aufzugs gespannten Transparente, die als Sichtschutz gegenüber der Polizei gedient hätten, hingewiesen und aufgefordert worden, die Beachtung der Auflagen zu gewährleisten. Nach kurzen Redebeiträgen habe sich der Aufzug um 19.04 Uhr mit 5 000 Personen, von denen sich ca. 1 700 gewaltbereite in der Nähe des vorderen Lautsprecherkraftwagens aufgehalten hätten, in Bewegung gesetzt. Gegen 19.07 Uhr habe die Spitze des Aufzugs die Aral-Tankstelle Ecke Skalitzer Straße/Mariannenstraße erreicht. Die zum Schutz der Tankstelle eingesetzten Polizeibeamten seien – als Augenzeuge könne er das bestätigen – beim Passieren der Aufzugsspitze unmittelbar und äußerst heftig mit Flaschen und Pflastersteinen beworfen worden. Die mitgeführten seitlichen Transparente seien miteinander verknüpft worden. Die Gewalt sei in keinem Fall von der Polizei ausgegangen.

Das Zusammenknüpfen der Transparente habe einen Auflagenverstoß dargestellt, der notwendig werdende Zugriffsmaßnahmen der Polizei habe verhindern sollen. Der zuständige Polizeiführer habe dem Versammlungsleiter sofort die Aufforderung erteilt, dies zu unterbinden. Bis zum Eintritt des Aufzugs in den Veranstaltungsbereich des Myfests sei der Aufforderung jedoch nicht gefolgt worden. Weil der Aufzug sich auf Höhe der Aral-Tankstelle quasi schon beim Myfest befunden habe und eine Eskalation mit unkalkulierbaren Folgen für das Fest zu befürchten gewesen wäre, sei zu diesem Zeitpunkt noch kein Zugriff erfolgt.

Kurz vor Eintritt des Aufzugs in das Myfest hätten der Verbindungsbeamte und die eingesetzten Anti-konfliktteams, die bereitgestanden hätten, um den Aufzug durch das Fest zu leiten, wegen nicht zu verantwortender Gefährdung durch anhaltenden Stein- und Flaschenwurf zurückgezogen werden müssen. Ursprünglich für eine seitliche Begleitung vorgesehene Kräfte seien an den Ort geschickt worden, an dem der Aufzug das Myfest später verlassen habe.

Am Mariannenplatz hätten sich etwa 300 bis 500 mit Flaschen ausgerüstete Personen dem Aufzug angeschlossen. Unmittelbar nach Verlassen des Myfestbereichs habe die Spitze des Aufzugs kurz in Höhe Muskauer Straße/Mariannenstraße verharret. Gegen 19.30 Uhr seien die aufgrund der bisherigen Störung aus dem Aufzug zur weiteren Begleitung des Störerblocs an der Spitze des Aufzugs wartenden Polizeibeamten wieder mit Steinen angegriffen worden. Aufgrund dieses anhaltend aggressiven Verhaltens der Aufzugsteilnehmer sei es nicht mehr möglich gewesen, dem Veranstalter den Verbindungsbeamten wieder unmittelbar an die Seite zu stellen, jedoch sei sofortiger telefonischer Kontakt hergestellt worden und bis zum Ende des Aufzugs aufrecht erhalten worden.

Zu diesem Zeitpunkt hätten Aufklärungskräfte eine Veränderung der Teilnehmerzusammensetzung gemeldet. Von den am Antrepletz gezählten ca. 1 700 gewaltbereiten Personen sei das Konfliktpotenzial im Verlauf der Durchquerung des Myfests auf nunmehr ca. 2 500 Personen angewachsen. Damit seien die Vor-kontrollen für den Aufzug unterlaufen worden.

Im weiteren Verlauf sei wiederholt auf den Leiter des Aufzugs eingewirkt worden, die festgestellten Straftaten und Auflagenverstöße zu unterbinden. Nachdem gegen 19.39 Uhr der Versammlungsleiter erneut vom Polizeiführer aufgefordert worden sei, für eine friedliche Fortsetzung des Aufzugs zu sorgen, und dies keine Wirkung gezeigt habe, sei der Versammlungsleiter über Lautsprecherkraftwagen wiederholt aufgefordert worden, sich mit dem Polizeiführer in Verbindung zu setzen. Schließlich habe Herr Rechtsanwalt Richwin dem Justitiar der Polizei telefonisch mitgeteilt, dass der Versammlungsleiter vermutlich keinen Einfluss mehr auf die Aufzugsteilnehmer ausüben könne und er deshalb eine Wegstreckenreduzierung direkt zum Kottbusser Tor anstrebe. Bis zum Eintreffen des Versammlungsleiters sei der Aufzug angehalten worden, was zu einer kurzfristigen Stabilisierung der Lage beigetragen habe.

Die gewünschte Wegstreckenänderung über die Wiener Straße und die Skalitzer Straße sei von ihm genehmigt worden, weil zu diesem Zeitpunkt keine Gründe dagegengesprochen hätten. Dieser Bereich sei von Polizeikräften besetzt worden und frei von fließendem und in der Skalitzer Straße auch frei von ruhendem Verkehr gewesen. Nachdem der Aufzug sich gegen 20.16 Uhr wieder in Bewegung gesetzt habe, seien eingesetzte Polizeikräfte und Passanten mit Flaschen und Steinen beworfen worden. Kurz darauf sei es an der Spitze des Aufzugs Ecke Lausitzer Straße/Wiener Straße zu Angriffen gegen ein Beweis- und Dokumentationsfahrzeug und ein Fahrzeug des Verkehrsdienstes gekommen. Einer der Angreifer auf das Fahrzeug des Verkehrsdienstes sei festgenommen worden, weil er aus ca. 3 bis 4 m Entfernung einen Stein auf das Fahrzeug geworden habe, der von diesem abgeprallt sei, und mit einer ca. 40 cm langen Holzstange, an der sich eine rote Fahne befunden habe, in den Fahrzeuginnenraum in Richtung des Fahrers eingestochen habe. Zu diesem Zeitpunkt seien bereits alle Scheiben auf der Fahrerseite zerstört gewesen. Das Fahrzeug sei dabei in Schrittgeschwindigkeit auf der Wiener Straße in Richtung des Spreewaldplatzes gerollt. Im Zuge der Festnahme des Beschuldigten hätten die Beamten diesen mit ihren Körpern schützen müssen, da sie mit Flaschen und Steinen beworfen worden seien. Deshalb und wegen des erheblichen Widerstands des Beschuldigten sei dieser in die Räumlichkeiten der Feuerwache Wiener Straße verbracht worden. Der Fahrzeugführer habe einen Schock erlitten und sei vom Dienst abgetreten.

Die die Feuerwache Wiener Straße schützenden Einsatzkräfte seien daraufhin ebenfalls mit Steinen und Flaschen angegriffen worden. Später hätten Mitarbeiter der Feuerwehr angezeigt, dass Unbekannte vermutlich mit einer Schreckschusswaffe mit vier aufgesetzten Schüssen die Sicherheitsglasscheiben beschädigt hätten. Am Tatort sei auch eine Patronenhülse 9 mm Knall sichergestellt worden. Der Raum sei zum Zeitpunkt der Tat nicht besetzt gewesen.

Der Aufzug sei dann wie gestattet auf dem kürzesten Weg über die Skalitzer Straße zum Kottbusser Tor geführt worden. Die Polizeikräfte der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung, die das an der Wegstrecke liegende Autohaus Mehner und die Tankstelle Skalitzer Straße geschützt hätten, seien aus dem Aufzug heraus mit Steinen und Flaschen beworfen worden. Um 20.45 Uhr sei die Spitze des Aufzugs am Endplatz eingetroffen. Teilweise zuvor verummte Versammlungsteilnehmer seien in den Bereich des Myfests geströmt. Einige hätten versucht, über den Endplatz hinaus zu gelangen.

Auf dem Platz am Kottbusser Tor hätten sich gegen 21.00 Uhr ca. 1 000 bis 1 500 ehemalige Aufzugsteilnehmer befunden, die in Gruppen von bis zu 100 Personen im ständigen Wechsel massiv gegen die Polizeikräfte agiert hätten. Eine derartige Aggressivität habe er in den vergangenen fünf Jahren am 1. Mai nicht erlebt. Die BVG habe die Züge der U-Bahnlinie 1 am U-Bahnhof Kottbusser Tor durchfahren und den Bahnhof von Polizeikräften räumen lassen, um ihn zu verschließen. Um eine weitere räumliche Ausbreitung der Störung zu verhindern, hätten in dieser Phase auch alle Zufahrtsstraßen zum Kottbusser Tor sehr kräfteintensiv abgesperrt werden müssen.

Gegen 21.16 Uhr hätten Polizeikräfte unter Einsatz von Reizgas gewalttätig agierende Personen von der Bühne 13 abgedrängt. Im Anschluss daran sei das Programm auf dieser Bühne unterbrochen worden. Gegen 21.35 Uhr seien Polizeibeamte vor dem U-Bahnhof Kottbusser Tor mit einer Brandflasche angegriffen worden.

Um 21.40 Uhr sei eine formale Beendigung des Aufzugs durch den Veranstalter erfolgt. Die vorgesehene Abschlusskundgebung habe nicht mehr stattgefunden.

Im Bereich des Endplatzes Kottbusser Tor seien die eingesetzten Polizeikräfte immer wieder mit Flaschen und Steinen beworfen wurden. Es seien kleine Feuer angezündet und einzelne Gegenstände auf die Fahrbahn verbracht worden. Mit Eintreffen des Aufzugs seien sofort zahlreiche Freiheitsentziehungen erfolgt. Beim polizeilichen Vorgehen sei auf dem Platz eine Menschenmenge zu berücksichtigen gewesen, die aus Versammlungsteilnehmern inkl. der hohen Anzahl von gewaltbereiten Personen sowie aus Festbesuchern und Zuhörern der Bühne 13 bestanden habe. Das offensive Vorgehen gegen Straftäter auf diesem Platz sei durch das im Hintergrund laufende Myfest erschwert worden, weil eine Räum- bzw. Druckbewegung habe verhindert werden müssen. Das hohe Besucheraufkommen im Bereich der Adalbertstraße habe immer wieder zu Mischungen von Straftätern mit Besuchern und Schaulustigen geführt. Deshalb sei es angesagt gewesen, konsequent, aber auch sensibel vorzugehen, um Unbeteiligte nicht zu beeinträchtigen. Diese notwendige Differenzierung beim Vorgehen habe jede einzelne Freiheitsentziehung erschwert.

Die Brennpunktbildung unmittelbar nach Eintreffen des Aufzugs am Kottbusser Tor habe ihn veranlasst, mit den Einsatzabschnittsführern im Verlauf des Abends wiederholt die Führer der verschiedenen Abteilungen vor Ort zusammenzurufen, um persönlich die weiteren Maßnahmen und das Zusammenwirken benachbarter Einheiten abzustimmen und insbesondere den erhöhten Kräfteinsatz an diesem Brennpunkt zu koordinieren. Insgesamt sei er am 1. Mai 15 Stunden selbst vor Ort gewesen, um sich von der Entwicklung der Lage zu überzeugen, um ggf. sofort die Führer der Abteilung zusammenzurufen und um in direkter Absprache die folgenden Maßnahmen abzusprechen.

Während die Einheiten der 1. Bereitschaftspolizeiabteilung wie vorgesehen in der Hauptsache im Myfest verblieben seien und dort nach dem bewährten Prinzip des Durchmischens und der zielgerichteten Zugriffe gearbeitet hätten, seien im westlichen Teil des Kottbusser Tors in erster Linie die Kräfte der Bundespolizeiabteilung mit Unterstützung der Direktion 5, im südlichen Teil die Hamburger Abteilung und im westlichen Teil die 2. Bereitschaftspolizeiabteilung eingesetzt gewesen. Nach zusätzlicher Unterstellung weiterer Einheiten hätten in diesem Bereich zeitweise in enger Abstimmung bis zu zehn Hundertschaften miteinander gearbeitet, mit dem Ziel, die Störer zu binden, den Raum nicht mehr preiszugeben und beweissichere Festnahmen durchzuführen, ohne Unbeteiligte zu beeinträchtigen.

Ehemalige Aufzugsteilnehmer hätten sich zunehmend in den Bereich des Myfests zurückgezogen. Gegen 23.30 Uhr hätten sich auf dem Myfest immer noch ca. 10 000 Festteilnehmer befunden, während ca. 1 000 gewaltbereite Personen, insbesondere im Bereich Adalbertstraße/Oranienstraße, immer wieder Polizeikräfte

auch mit Steinen angegriffen hätten. Auf der Achse Adalbertstraße seien in unregelmäßigen Abständen Kleinf Feuer entzündet worden. Die Einsatzkräfte hätten in diesem Einsatzbereich auch teilweise Reizgas eingesetzt.

Die kontinuierlich durchgeführten polizeilichen Maßnahmen hätten dann ab ca. 0 Uhr/1 Uhr zu einer sukzessiven Lageberuhigung geführt, sodass bis 3 Uhr Polizeikräfte nur noch vereinzelt mit Stein- und Flaschenwürfen attackiert worden seien. Gegen 1.36 Uhr seien allerdings Polizeibeamte im Bereich Neues Kreuzberger Zentrum mit einer brennbaren Flüssigkeit begossen worden, die jedoch schnell hätte gelöscht werden können. Die Beamten seien unverletzt geblieben.

Am 3. Mai um 9 Uhr habe der diensthabende Arzt der Neurochirurgischen Rettungsstelle der Charité, Campus Rudolf Virchow, die Wache des Abschnitts 35 über den Zustand eines offensichtlich im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 1. Mai schwer verletzten 23-Jährigen in Kenntnis gesetzt. Der in Berlin wohnhafte Geschädigte habe eine 5 cm lange Platzwunde über dem linken Ohr und eine Fraktur des Schädels gehabt. Knochenteile seien ins Gehirn eingedrungen. Der Verletzte sei am Mariannenplatz durch die Feuerwehr aufgenommen und in die Charité transportiert worden. Gemäß dem Rettungsdienstprotokoll habe er während der Demonstration eine Flasche auf den Kopf bekommen.

Erster Direktor beim Polizeipräsidenten Jürgen Klug (Stabsleiter) gibt bekannt, im Rahmen des 1. Mai 2009 seien insgesamt 289 Personen in das polizeiliche Gewahrsam eingeliefert worden, davon 284 Personen nach der Begehung von Straftaten. Von den 284 nach Straftaten eingelieferten Personen seien 129 Personen dem LKA 5 zugeliefert worden, 8 von ihnen im Zusammenhang mit Straftaten auf der NPD-Versammlung. Zu 66 von diesen 129 Personen hätten allgemeinpolizeiliche Erkenntnisse vorgelegen, zu 10 Personen Erkenntnisse mit Staatsschutzrelevanz.

Bei den 284 festgenommenen und eingelieferten Personen handele es sich um 267 Männer und 17 Frauen. Diese unterteilten sich in 42 Jugendliche, 74 Heranwachsende und 168 Erwachsene. Insgesamt hätten 262 Personen die deutsche und 22 eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

Die Festnahmen habe sich die Polizei in diesem Jahr mit 479 verletzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schwer erkaufte. 19 von ihnen seien ambulant in einem Krankenhaus behandelt worden, 27 seien vom Dienst abgetreten. 170 der Verletzten hätten zu den Unterstützungseinheiten gehört. Allen Kolleginnen und Kollegen, die noch unter ihren Verletzungen litten, wünsche er gute Besserung.

Thomas Kleineidam (SPD) spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Polizei im Namen seiner Fraktion seinen ausdrücklichen Dank für die geleistete Arbeit aus und schließt sich den Genesungswünschen an. Dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei von den Gewalttätern als Hassobjekte behandelt worden seien, stelle über den zugefügten körperlichen Schmerz hinaus einen Angriff auf ihre Würde dar. Ihnen sei besondere Anerkennung dafür zu zollen, dass sie den Einsatz dennoch mit ruhigem Kopf durchgeführt hätten.

Sein Dank gelte ferner den Menschen, die gemeinsam mit der Polizei und den Kreuzbergerinnen und Kreuzbergern für die Organisation des Myfests verantwortlich gewesen seien. Das Fest sei nach wie vor ein wichtiger Beitrag zu einem friedlichen 1. Mai.

In diesem Jahr sei am 1. Mai in Kreuzberg ein Rückschlag erlitten worden. Aber bei einem guten Ziel könne es manchmal Rückschläge geben, ohne dass der Weg zum Ziel deshalb falsch sei. Die Feststellungen in der Presse, dass die gesamte Grundkonzeption verändert werden müsse, schienen weniger an der Sache orientiert als vielmehr vom Bundestagswahlkampf geprägt zu sein. Wenn die Parteien hier zu einem Konsens kämen, wären sie schon einen guten Schritt weiter in der Planung für die Zukunft.

Dass die Prognose hinterfragt werde, sei angezeigt, aber nach den im Innen- und im Verfassungsschutzausschuss dargestellten Fakten, auf deren Basis die Prognose zu erstellen gewesen sei, halte er die Einschätzung der Gefahren für schlüssig. Die Motive der Gewalttäter müssten noch analysiert werden. Er hoffe, dass auch die eingeleiteten Strafverfahren zu Erkenntnissen führten.

Problematisch erscheine ihm – mit diesem Thema müsse man sich in den nächsten Monaten noch intensiv beschäftigen –, dass in Kreuzberg, aber auch in anderen Bezirken vermehrt Menschen für sich das Recht beanspruchten zu entscheiden, wer in ihrem Kiez was tun dürfe. Aus dem politischen Raum erhielten sie dafür moralische Unterstützung in Form von Presseerklärungen. Die dadurch geschürte Stimmung könne dazu führen, dass bestimmte Gruppen in dieser Stadt sich – vor allem an Tagen wie dem 1. Mai – dazu berechtigt fühlten, Gewalttaten zu begehen.

Die Strategie der ausgestreckten Hand und des konsequenten Zugriffs bei Gewalttaten sei alternativlos. Nach den Schilderungen über den Polizeieinsatz am 1. Mai sei diese Grundkonzeption auch nicht infrage gestellt worden. Ungünstig habe sich möglicherweise ausgewirkt, dass es bei der Verteilung der Polizeikräfte über das Bundesgebiet Schwierigkeiten gegeben habe und dadurch einige Unterstützungskräfte erst spät in Berlin eingetroffen seien. Eine Auswirkung auf die Gewalttaten könne das jedoch nicht gehabt haben. Er habe großes Vertrauen in die Polizei, dass die Konzeption nach der Auswertung der diesjährigen Einsätze noch verfeinert werde. Die Frage, welche Konsequenzen sich zwingend für den nächsten 1. Mai ergäben – Stichwort: Demonstrationsverbot –, könne erst kurzfristig nach der Anmeldung einer Demonstration aufgrund der derzeitigen Erkenntnislage entschieden werden.

Mit den gesellschaftlichen Ursachen der steigenden Gewaltbereitschaft müsse sich das Abgeordnetenhaus in Zusammenarbeit mit der Landeskommission gegen Gewalt noch intensiv beschäftigen.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) meint, er halte es für eine „ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen“, dass Senator Dr. Körting die Kritik an der politischen Führung so einschätze, dass sie begründend für die Gewalt gewesen sei und dass es sich um eine politisch motivierte Kampagne gegen die Polizei gehandelt habe. Das Gegenteil sei der Fall. Das politische Führungsdefizit habe am 1. Mai zu den rechtsfreien Räumen geführt.

In den letzten Tagen habe Senator Dr. Körting in seinen Aussagen unterschiedliche Meinungen vertreten, u. a. auch – was er vorher kritisiert habe –, dass man prüfen könnte, die 18-Uhr-Demonstration im nächsten Jahr zu verbieten. Senator Dr. Körtings Reaktion auf die Vorfälle am 1. Mai sei konfus gewesen, geprägt von Hektik, möglicherweise auch von Panik, und der Polizeieinsatz am 1. Mai sei ein Fiasko gewesen.

Für den selten erlebten Hass, der am 1. Mai zu spüren gewesen sei, habe es schon vorher ausreichend Anzeichen gegeben. Er erinnere an den zwei Tage vor dem 1. Mai erfolgten Angriff auf Senator Dr. Körting in einem Lokal in Friedrichshain und an die Plakate, mit denen suggeriert worden sei, am 1. Mai sei jede Art von Gewalt gegen die Polizei erlaubt. Am 30. April sei – von der Presse bisher nicht gewürdigt – ein Anschlag auf die politische Leitung der Ausländerbehörde verübt worden. Die Welle der Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge sei immer noch virulent. All diese Zeichen habe Senator Dr. Körting vor dem 1. Mai nicht gesehen. Erst jetzt nehme der Innensenator die Gewaltbereitschaft in Kreuzberg mit Verwunderung zur Kenntnis und wolle ihr auf den Grund gehen. Vielleicht werde Senator Dr. Körting jetzt den Vorschlag der CDU unterstützen, einen Runden Tisch gegen linksextremistische Tendenzen einzurichten.

Wenn im Vorfeld die erkennbaren Gefahren heruntergespielt würden, sei es nicht verwunderlich, dass die Polizei von der plötzlich einsetzenden Gewalt überrascht worden sei. Die Polizei sei in die Schlacht geschickt und verheizt worden. Das sei Verrat an den eingesetzten Polizeibeamten. Senator Dr. Körting mache sich mitschuldig an der hohen Zahl der verletzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Strategie der Deeskalation begrüße er, aber man dürfe nicht nur davon reden, sondern müsse sie auch anwenden. In diversen Schreiben an seine Fraktion hätten eingesetzte Polizeibeamte ihrem Ärger über die unprofessionelle Einsatzleitung Ausdruck verliehen. Auch der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, warne vor einer Verweigerungshaltung unter Polizisten im gesamten Bundesgebiet, wenn sie zu Einsätzen nach Berlin gerufen würden. Wenn Mitglieder des Innenausschusses sich bei der Polizei für ihren Einsatz bedankten, müssten sie auch eine Entschuldigung anschließen, denn die Polizeitaktik habe ihr Ziel nicht erreicht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei hätten sich massiv den Gewalttaten ausgesetzt gefühlt.

Einige Fragen seien noch nicht zufriedenstellend beantwortet worden. Dass das Flaschenverbot am 1. Mai weder bekannt gegeben noch ernst genommen worden sei, habe er selbst erlebt. Es sei ihm auch nicht klar, weshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei vor der Aral-Tankstelle verboten worden sei, Helme zu tragen, und warum die Vorkontrollen nur selektiv durchgeführt worden seien. Auch der seitliche Begleitschutz des 18-Uhr-Demonstrationszuges sei außerhalb des Myfests teilweise nicht zu erkennen gewesen.

Benedikt Lux (Grüne) regt an, nicht nur den Anteil der Polizei, sondern auch den der Zivilgesellschaft unter die Lupe zu nehmen. Das Flaschenverbot sei auch schon in der Walpurgisnacht am Boxhagener Platz nicht beachtet worden. Zudem sei die Hundestaffel dort deplaziert gewesen.

Die Gegendemonstrationen zu der NPD-Veranstaltung in Köpenick sei ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft gewesen. Es hätten sehr viele Leute ein wahrnehmbares Zeichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gesetzt. Abgesehen von der nicht nachvollziehbaren ruppigen Räumung des S-Bahnhofs sei der Polizeieinsatz in Köpenick gut gewesen.

Der Mayday-Aufzug sei fröhlich verlaufen. Der einzige negativ zu Buche schlagende Vorfall in dieser „Art unkommerzieller Love-Parade“ sei gewesen, dass das Finanzministerium mit Farbeiern beworfen worden sei, sodass sich auch im Nachhinein die Frage stelle, welches die wahren Beweggründe für das Friedrichstraßenverbot gewesen seien.

Bei der Gesamtbewertung der Vorfälle am 1. Mai dürfe nicht in den Schatten gestellt werden, dass das Myfest und das Fest am Mariannenplatz sehr erfolgreich gewesen seien.

Bei der 18-Uhr-Demonstration habe ihn nicht nur die Qualität der Straftaten erschreckt, sondern insbesondere der frühzeitige Beginn der Straftaten aus der Demonstration heraus. Im Vergleich zu den 1.-Mai-Aufzügen seit 2004 sei auch das Ausmaß der Straftaten größer gewesen. Im Vergleich zu den Jahren vor 2004 sei ein Erfolg der Deeskalationsstrategie der Polizei, aber auch der Unterstützung der Zivilgesellschaft zu sehen. Die Polizei sei zwar von den schnellen Angriffen überrascht worden, habe die Lage jedoch später gut in den Griff bekommen. Es sei der Polizei zu danken, dass die 18-Uhr-Demonstration habe stattfinden dürfen und dass kein schweres Gerät eingesetzt worden sei. Im Gegensatz etwa zum Jahr 2001 seien durch den Polizeieinsatz auch nur wenige Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen worden.

Es gebe aber noch Optimierungspotenzial bei der Polizei. Die juristische Bewertung zeige, dass das höhere Maß an Gewalt nicht zu mehr Haftbefehlen als in den Jahren 2003 und 2004 geführt habe. Er interpretiere das mit der schlechteren Vorbereitung der Polizei. In den vergangenen Jahren seien Polizeikräfte aus Niedersachsen schon eine Woche vor dem 1. Mai auf ihren Einsatz vorbereitet worden.

Es müsse bedacht werden, dass die 18-Uhr-Demonstration in diesem Jahr wesentlich mehr Teilnehmer als im letzten Jahr gehabt habe, sodass auch der Anteil der Gewalttäter größer gewesen sei. Es habe aber auch mehr Gelegenheiten zu Straftaten gegeben, weil die Polizei überrascht worden sei. In der Einsatzbesprechung solle geprüft werden, wie die Polizei in Zukunft vor allem die Gewalt der jungen unpolitischen Krawallmacher gegen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhindern könne. Möglicherweise empfänden die Gewalttäter einen „Kitzel“ angesichts der Ohnmacht der Staatsgewalt. Dass sich unter den Gewalttätern anscheinend nur wenige mit Migrationshintergrund befunden hätten, sei möglicherweise u. a. den Gesprächen mit den Migrantenverbänden und den Angeboten für diesen Kreis auf dem Myfest zu verdanken.

Er sehe auch Optimierungspotenzial bei der CDU. Den diesjährigen 1. Mai als ein Fiasko zu sehen und die alten „Knüppel-aus-dem-Sack-Zeiten“ zurückzufordern, sei ein Armutszeugnis. Er bitte die CDU, ihre starke Stellung und Kompetenzzuschreibung in der Sicherheitspolitik nicht für eine politische Ausschlachtung zu nutzen, sondern ihre Verantwortung wahrzunehmen, den Einsatz nüchtern zu analysieren. Die Zeiten hätten sich geändert.

Die Grünen hätten in diesem Jahr als Stimme der Vernunft eine Zeit lang etwas einsam dagestanden, weil Senator Dr. Körting sich abgesehen von der letzten Plenarsitzung – gefolgt von der Linksfraktion – zeitweise für die Prüfung eines Demonstrationsverbots ausgesprochen habe.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten müsse die Deeskalationsstrategie angewandt werden. Und wenn die vernunftbegabten Kräfte in der Politik und in der Polizei zusammenhielten und es seitens des Regierenden Bürgermeisters oder des Innensensors keine weiteren Provokationen gebe, sei im nächsten Jahr ein friedlicherer 1. Mai zu erwarten.

Marion Seelig (Linksfraktion) erklärt, im Gegensatz zu der Behauptung von Abg. Lux sei die Linksfraktion gegen Demonstrationsverbote. Sie habe nur darauf aufmerksam gemacht, dass in Zukunft die Gefahr eines Demonstrationsverbots bestehen könnte. Solche Verbote hätten jedoch in früheren Jahren zu noch viel größeren Ausschreitungen geführt.

Sie wolle auch noch einmal klarstellen, dass nicht ihre Fraktion die 18-Uhr-Demonstration angemeldet habe, sondern ein junger Genosse als Privatperson. Die Linksfraktion habe sich schon vor den Ausschreitungen öffentlich von der Anmeldung distanziert.

Um den Rückschlag, den die Polizei in diesem Jahr bei ihrem Einsatz zu verzeichnen gehabt habe, angemessen zu bewerten, sei es wichtig, die vergangenen Jahre zu betrachten. 2001 sei „Deeskalation“ noch ein Unwort gewesen, und von 1997 bis 2001 sei die Polizei nach einem Demonstrationsverbot noch bis in die Nacht massiv auch gegen unbeteiligte Menschen vorgegangen, die auf dem Mariannenplatz gefeiert hätten. Eine solche Vorgehensweise der Polizei sei im Rahmen des Deeskalationskonzepts nicht denkbar. Das Myfest sei in diesem Jahr von der Randalie nicht berührt worden.

In ihrem vor der Sitzung vorgelegten Fragenkatalog habe die CDU sich erkundigt, weshalb keine Wasserwerfer eingesetzt worden seien. Wasserwerfer hätten aber quasi die Gewalt in die Gruppe der friedlichen Myfest-Teilnehmer „hineingespült“. Die jeweiligen Entscheidungen der Polizeiführer seien nach den Darstellungen von Herrn Klug und Herrn Kufka nachvollziehbar.

Die hohe Anzahl der am 1. Mai verletzten Polizeibeamten sei bedauerlich. Ihre Fraktion wünsche ihnen gute Genesung. Besonders schlimm finde sie, dass in Form von verbaler und körperlicher Gewalt eine Entwürdigung der Polizeibeamten stattgefunden habe. Mit dieser Art von Gewalt sollte man sich intensiv auseinandersetzen.

Sie hoffe, dass die Festnahmen der Straftäter beweissicher seien. Dass viele „Krawalltouristen“ zu dem 18-Uhr-Aufzug angereist seien, habe auch sie auf dem Rückweg von Köpenick in der S-Bahn erfahren. Diesen Jugendlichen wäre mit dem von der CDU geforderten Runden Tisch gegen Linksextremismus nicht beizukommen.

Björn Jotzo (FDP) meint, die linken Straftaten und die Versuche der Linken, mit Hilfe von Farbbomben vorzuschreiben, wie man leben sollte, dürften nicht verniedlicht werden.

In den Statements von Senator Dr. Körting und Polizeipräsident Glietsch habe jegliche Form der Selbstkritik gefehlt. Abgesehen davon, dass der Innensensor die große Anzahl der Gewalttäter zur Kenntnis genommen habe, sei nach Meinung von Senator Dr. Körting anscheinend alles ordnungsgemäß verlaufen.

Zum Thema Deeskalationspolitik: Es gehe nicht um die Frage, ob Deeskalation richtig oder falsch sei; an diesem Konzept müsse festgehalten werden. Die Frage sei nur, wie man deeskalieren und bis zu welchem Zeitpunkt. Er erinnere daran, dass Deeskalation eine taktische Variante zur Herstellung rechtmäßiger Zustände sei. Bei den Koalitionsfraktionen und bei Senator Dr. Körting seien die Begriffe Deeskalation und Provokation teilweise bis zur Unkenntlichkeit verschwommen. Es sei keine Provokation, wenn Menschen ihr Auto in Kreuzberg parkten und gehobene Restaurants in Prenzlauer Berg eröffneten. Es sei auch keine Provokation, wenn der Innensensor solche Restaurants besuche. Eine Provokation sei es aber, wenn ein Bun-

despolizeiführer um 22.35 Uhr an der Kreuzung Kottbusser Tor/Adalbertstraße eine Pressekonferenz abhalte. Es erstaune ihn, dass das in dem Statement von Senator Dr. Körting nicht vorgekommen sei.

Es stelle sich die Frage nach der Umsetzung des Deeskalationskonzepts. Es sei keine Deeskalation, wenn die Polizei massive Straftaten nicht ahnde, wenn sie sie – wie in der Wiener Straße – nicht ahnden könne, weil sie ihnen hilflos gegenüberstehe. Es sei auch keine Deeskalation, wenn – wie nach 22.30 Uhr in der Adalbertstraße – Feuer nicht gelöscht werden könnten, weil nicht genügend Feuerlöschtrupps oder Feuerlöscher zur Stelle gewesen seien. Und es sei auch keine Deeskalation, wenn Festnahmen nicht dort getätigt werden könnten, wo es nach dem Einsatzkonzept zu erwarten wäre, wie etwa ab 22.30 Uhr in der Adalbertstraße. Offensichtlich seien Teile der Polizeikräfte nicht ausreichend ausgestattet gewesen, um angemessen vorzugehen. Es sei erstaunlich, dass diese Feststellung in dem Bericht von Herrn Kufka nicht vorgekommen sei, obwohl die FDP unter Nr. 3 diese Frage gestellt habe.

Welche Taktik habe die Polizei in der Adalbertstraße verfolgt, und warum hätten nicht ausreichend Einsatzkräfte zur Verfügung gestanden, um gezielt, schnell und offensiv nach dem Einsatzkonzept vorzugehen? Hier habe die Umsetzung des Konzepts aufgrund von mangelhaftem polizeilichen Handeln nicht funktioniert.

Es erschrecke ihn, dass Senator Dr. Körting jegliche Verantwortung für diese Entwicklung von sich weise und diese an die Polizei delegiere. Senator Dr. Körting habe auch die Rahmenbedingungen nicht zur Verfügung gestellt und sich vor allem – wie auch die Koalitionsfraktionen – nicht von Anfang an von der Gewalt distanziert. Die Linksfraktion habe sogar selbst mitgewirkt, auch wenn sie öffentlich erkläre, der Anmelder der 18-Uhr-Demonstration habe nur seine private Meinung zum Ausdruck gebracht.

Es fehlten noch immer konkrete Antworten zu den Fragen der FDP. Warum habe die Polizei es nicht geschafft, so koordiniert und schnell gegen Gewalttäter vorzugehen und das „Konzept der ausgestreckten Hand“ so konsequent zu verwirklichen wie in den Vorjahren? Wenn es nur an der Anzahl der Gewalttäter gelegen habe, stelle sich die Frage, warum die Polizei dafür keine Lösung gefunden habe, obwohl sich nach ihren eigenen Aussagen genügend Kräfte vor Ort befunden hätten.

Vor dem Hintergrund, dass ein gefährdendes Ereignis während der 18-Uhr-Demonstration vor dem 1. Mai als eher unwahrscheinlich eingeschätzt worden sei, erkundigt sich **Vorsitzender Peter Trapp**, ob Senator Dr. Körting die im Umlauf befindliche CD „Kopfschuss“ der Rap-Gruppe DeinEltan, Label „Blutbad Berlin“, bekannt sei. Ein Raptext auf der CD laute wie folgt:

Ein guter Cop ist ein Cop, dessen Kopf über den Asphalt rollt. Gib mir den mit dem Teleskoptotschläger-Schädelbruch! Ein Cop ist ein guter Cop, blutet er die Straße voll ... Tritt ihn, bis er Zähne spuckt! Nimm dein Sixpack auseinander, rei die Fenstergitter raus ... usw.

Hast du Hass gegen Bullen, dann komm zum 1. Mai! Atze, hier kannst du Steine werfen, Flaschen schmeißen und deinen Hass auf Bullen abreagieren!

Solchen Hass gegen Polizisten, zu dem vor allem in den Raps 8 und 21 – „Fuck the Cops“ aufgerufen werde, habe er vor Ort erlebt. Wenn diese Texte, die in Aufforderungen zum Polizistenmord gipfelten, nicht in die Gefahreinschätzung einbezogen worden seien, weil der Verfassungsschutz oder das LKA 5 nicht in der Lage gewesen seien, diese CD in der Szene ausfindig zu machen, sei das nicht nachzuvollziehen.

Kurt Wansner (CDU) bemerkt, man müsse einmal prüfen, ob der Innensenator den Verfassungsschutz in Berlin nicht inzwischen abgeschafft habe. – Als Abgeordneter aus Friedrichshain-Kreuzberg bedanke er sich bei der Polizei dafür, dass diese alles gegeben habe, um den 1. Mai so zu gestalten, dass die Menschen in Kreuzberg beruhigt gewesen seien. Allerdings sei die von Senator Dr. Körting gestellte Prognose in der Tat nicht eingetroffen. Er habe kein Vertrauen mehr zu Senator Dr. Körting. In den letzten Jahren habe Senator Dr. Körting die Linke in Berlin ins positive Licht gerückt und sei nicht bereit gewesen, gegen die linksradikale Gewalt genauso vorzugehen wie gegen die rechtsradikale. Mit seiner Flucht aus dem Restaurant in Friedrichshain habe Senator Dr. Körting ein Signal gesetzt, indem er den Linksradikalen die „Macht“ im Bezirk überlassen habe. Der Linksradikalismus nehme inzwischen Formen an, die für die Stadt „absolut beängstigend“ sei. Die Menschen, die in Friedrichshain-Kreuzberg lebten und/oder arbeiteten, hätten Angst

um ihre Geschäfte, ihre Familien und ihre Kinder. Er werde es nicht dulden, dass einige Kreise diese Menschen vertrieben.

An diesem 1. Mai seien überall in Kreuzberg Flaschen verkauft worden. Es hätte wenigstens der Versuch unternommen werden müssen, das im Vorfeld zu unterbinden. Auch die Besucher seien durch die Flaschen gefährdet worden. Und die Familien der Polizeibeamtinnen und -beamten hätten Angst ausgestanden, weil diesen am 1. Mai etwas hätte passieren können.

Der Chamissoplatz sei nicht dafür bekannt, dass dort viele CDU-Anhänger wohnten, aber als er kürzlich dort Karten verteilt habe, hätten ihm die Anwohner ebenfalls bestätigt, dass sie am 1. Mai den Krawallmachern ausgeliefert worden seien.

Wie wolle Senator Dr. Körting die anderen Innenminister dazu bringen, auch in Zukunft Unterstützungskräfte nach Berlin zu senden, wenn er in den letzten Jahren nicht gegen die linksradikale Gewalt in der Stadt vorgegangen sei, sondern diese kleingeredet habe?

Was heute diskutiert werde, sei nicht neu. Als vor einigen Jahren der damalige Innenminister Günther Beckstein nach Kreuzberg eingeladen worden sei, habe es schon geheißen, er habe dort nichts zu suchen. Was habe Senator Dr. Körting inzwischen unternommen, um klarzustellen, dass man einer großen demokratischen Partei die Arbeit in einem Bezirk nicht verbieten könne? Dass er – Redner – seine Veranstaltung am diesjährigen 1. Mai in Kreuzberg nicht durchgeführt habe, habe nicht an dem Verbot des Polizeiführers gelegen, sondern weil er sich einerseits der Polizei gegenüber verantwortlich gefühlt habe, die seinen Stand hätten schützen müssen, und andererseits seinen Parteigenossen gegenüber, weil sie u. U. Verletzungen erlitten hätten. Er verspreche aber, dass die CDU in den nächsten Monaten und Jahren sehr intensiv in Kreuzberg auftreten werde.

Die Linksfraktion könne nicht so tun, als hätte sie mit den Vorfällen nichts zu tun. Eigentlich müsste sie einräumen, dass sie zu der Gewalt beigetragen habe, weil sie sich nicht rechtzeitig und ausreichend davon distanziert habe, und sich dafür entschuldigen.

Abg. Lux solle nicht suggerieren, dass es zwischen den Jahren 2001 bis 2005 einen großen Unterschied gegeben habe. 2001, zur Zeit von Innensenator Dr. Werthebach, hätten die Krawalle nur in dem kleinen Bereich am Mariannenplatz stattgefunden. Die Verhöhnung von Dr. Werthebach in den letzten Jahren, insbesondere durch Senator Dr. Körting, sei nicht berechtigt gewesen. Auch in diesem Jahr behaupte Senator Dr. Körting noch, es sei alles in Ordnung, obwohl man weit in die Zeit vor 2001 zurückgeworfen worden sei. Senator Dr. Körting sei für die diesjährigen Krawalle verantwortlich und solle zurücktreten.

Solange er noch im Amt sei, solle Senator Dr. Körting endlich gegen die linksradikale Gewalt vorgehen und die No-Go-Areas abschaffen. Der Verfassungsschutz müsse wieder gestärkt werden.

Udo Wolf (Linksfraktion) erklärt, er werde das Recht von Abg. Wansner auf Demonstration immer verteidigen. Man habe auch das Recht, unkluge Demonstrationen anzumelden. Den Stand hätte Abg. Wansner jedoch bei den Organisatoren des Myfests anmelden müssen.

Niemand sei unglücklicher darüber als die Linksfraktion, dass ein 21-jähriger BVV-Verordneter aus Lichtenberg zum Kronzeugen dafür gemacht werde, dass die Linksfraktion vermeintlich Gewalt legitimiere. Die Linke habe sich als Partei eindeutig von den Gewalttaten distanziert. Die Angelegenheit werde intern mit Herrn Jermak geklärt werden. Er bitte Abg. Wansner, die sinnlose Gewalt, die am 1. Mai von der 18-Uhr-Demonstration ausgegangen sei, nicht noch im Nachhinein zu repolitisieren, indem dieser Begründungszusammenhänge aufgreife, die ein Wirrkopf im Netz aufgeschrieben habe. Von den knapp 280 Festgenommenen sei gerade ein Dutzend mit einer linksradikalen Vorgeschichte verbunden. Alle anderen seien vorher als normale Straftäter oder gar nicht auffällig geworden.

Als Demonstrationsteilnehmer über viele Jahre maße er sich an, mehr Polizeieinsätze als Abg. Jotzo erlebt zu haben. Vor Ort einzuschätzen, ob durch bestimmte polizeiliche Handlungen ein größeres oder ein geringeres

Maß an Eskalation stattfindende, könnten die Einsatzführer besser. In bestimmten Situationen mit bestimmten Maßnahmen auf Straftaten zu reagieren könne zu Eskalationen und zu einer Verlagerung von Gewalt führen. Das solle Abg. Jotzo zur Kenntnis nehmen und keinen Popanz aufbauen, der schon dem Lagerwahlkampf diene.

Es habe vor dem 1. Mai wie in jedem Jahr eine Gefährdereinschätzung geben. Auch in den vergangenen Jahren sei auf vielen Flugblättern und in Internetbeiträgen zu Gewalthandlungen gegen Polizeibeamte aufgerufen worden, wenn auch möglicherweise nicht in der Qualität der von Abg. Trapp zitierten Raps. Andererseits habe keine ihm bekannte Gefährdereinschätzung in Nordrhein-Westfalen damit gerechnet, dass 200 Neonazis eine DGB-Demonstration überfallen würden. Und keine Gefährdereinschätzung habe mit der nächtlichen Randalie im Schanzenviertel gerechnet. Man müsse sich überlegen, wie die Maßstäbe in der Auswertung zu diesem 1. Mai im Vergleich zu den Auswertungen der vergangenen Jahre verrückten.

Dirk Behrendt (Grüne) rät Abg. Wansner, sich die Frage zu stellen, weshalb die CDU in Kreuzberg inzwischen auf 7,5 Prozent geschrumpft sei. All jenen, die sich der Illusion hingegeben hätten, dass die CDU auf dem Weg zu einer liberalen Großstadtpartei sei, seien durch das, was im Vorfeldfeld des 1. Mai und in den Tagen danach in den Reihen der CDU diskutiert worden sei, die Illusionen geraubt worden. Auch die Diskussion über Herrn Dr. Werthebach führe nicht weiter.

Wäre es nicht sinnvoll gewesen, zumindest im unmittelbaren Kontakt mit den Demonstranten ortskundige Kräfte einzusetzen? Die Anmelder hätten berichtet, dass bei den Verhandlungen über die Verkürzung der Demonstrationsstrecke zunächst ein Stadtplan zur Hilfe genommen worden sei, weil die Skalitzer Straße nicht bekannt gewesen sei.

Er bitte um Prüfung, ob der Steine werfende Polizeibeamte ein Agent Provocateur gewesen sei und ob es noch weitere Beamte gegeben habe, die sich durch Gewalttätigkeiten hervorgetan hätten.

Frank Zimmermann (SPD) meint, die Opposition habe das Recht, dass die Regierungsfractionen sich mit ihrer Kritik auseinandersetzen, aber es sei schwer, aus den Vorwürfen eine sachliche und konstruktive Debatte zu entwickeln. Zu der Kritik von Abg. Juhnke, vor der Aral-Tankstelle hätten die Polizeikräfte keine Helme aufgesetzt und das Flaschenverbot sei nicht durchgesetzt worden: Es lasse sich klären, ob diese Defizite auf der Konzeption oder auf Befehlen der Einsatzleitung beruht hätten. Diese Fragen müsse die Polizei beantworten.

Abg. Jotzo habe insinuiert, dass die SPD sich nicht von der Gewalt distanziert habe. Das weise er zurück. Weiterhin habe Abg. Jotzo behauptet, die Polizei habe ihr Konzept aufgrund der mangelnden Ausstattung nicht umsetzen können. Er bitte um Konkretisierung, in welcher Hinsicht die Ausstattung mangelhaft gewesen sei. Wie hätte die Polizei früher eingreifen können, wenn die Ausstattung angemessen gewesen wäre? Wenn es wie zu Beginn der 18-Uhr-Demonstration zu ersten Provokationen komme, müsse die Polizei abwägen, ob sie sofort darauf reagieren oder ob sie den Konflikt mindern solle, indem sie erst einschreite, wenn es zu stärkeren Gewalthandlungen komme. Ein zu frühes Eingreifen der Polizei in einer gefährlicheren Situation könnte sogar eine Verlagerung der Gewalttaten zur Konsequenz haben. Die Entscheidung, wann der beste Zeitpunkt des Einschreitens sei, müsse der jeweilige Polizeiführer vor Ort treffen.

Ein künftiges Demonstrationsverbot, eine Änderung der Route oder das Versagen bestimmter Rechte müssten im Einzelfall geprüft werden.

Björn Jotzo (FDP) erwidert, er habe sich wie in den Vorjahren auch in diesem Jahr im Zentrum des 1.-Mai-Geschehens aufgehalten und festgestellt, dass die Polizei zwischen 22.30 und 0 Uhr die Gewalttäter im Bereich der Adalbertstraße nicht – wie in den vergangenen Jahren – aus der Menge herausgegriffen und entfernt habe. Die polizeilichen Maßnahmen seien dort ungerichtet erfolgt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei seien Steinwürfen und anderen Aggressionen ausgesetzt gewesen. Die einzige Erklärung, die Senator Dr. Körting diesbezüglich abgegeben habe, sei gewesen, dass er sich dafür politisch nicht verantwortlich fühle. Vielleicht wäre es für die Polizeibeamtinnen und -beamten tatsächlich besser, wenn Senator Dr. Körting die Verantwortung in Zukunft nicht mehr tragen müsse. – Bei der Gelegenheit danke er

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei für ihre Leistungen und für die Opfer, die sie in diesem Jahr hätten erbringen müssen. Er bedauere, dass eine öffentliche Aufarbeitung des 1. Mai von Senator Dr. Körting und Polizeipräsident Glietsch offensichtlich nicht erwünscht sei.

Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInnSport) nimmt Stellung, hinsichtlich der Mayday-Demonstration habe die Versammlungsbehörde die Einschätzung gehabt, dass die Route durch die Friedrichstraße wegen der angemeldeten und zu erwartenden Teilnehmerzahl Schwierigkeiten bereiten würde. Die Einschätzung habe das Oberverwaltungsgericht bestätigt.

Die Frage, wie man mit Demonstrationen umgehe, werde im Versammlungsgesetz beantwortet. Dort gebe es keine Bestätigung für Demonstrationen, die ausschließlich auf Krawall angelegt seien und keine Botschaft zu transportieren hätten. Das Bundesverfassungsrecht gehe grundsätzlich davon aus, dass bei politischen Demonstrationen eine weitestgehende Zulassungsmöglichkeit gegeben sein müsse, die nur unter bestimmten Voraussetzungen eingeschränkt werden könne, etwa, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein erheblicher Teil von Straftaten zu erwarten sei oder durch Auflagen nicht abgewendet werden könne. Insofern müsse jede Demonstrationsanmeldung im Einzelfall geprüft werden.

Mit den Vorfällen am Abend des 1. Mai am Kottbusser Tor könne niemand zufrieden sein. Die Polizei habe allerdings dadurch, dass sie den Krawall weitgehend am Kottbusser Tor gebunden und eine Vielzahl von Straftätern festgenommen habe, eine gute Arbeit geleistet.

Die FDP und die CDU versuchten, die Gewalt am 1. Mai auf die Frage nach Schuld und Mitschuld zu reduzieren. Mitschuld trage er für das, was er persönlich falsch mache, wie etwa, dass er Steinewerfer mit Sexualstraftätern verglichen habe. Es tue ihm leid, wenn er Menschen mit diesem Vergleich verletzt habe. An den Gewalttaten hingegen trage er als Innensenator keine Mitschuld. Eine Mitschuld hätte ihm vorgeworfen werden können, wenn etwa Polizeikräfte nicht rechtzeitig bereitgestellt oder nicht angemessen ausgestattet worden wären. Dieses könne er jedoch nicht erkennen. Sie hätten sich bis zuletzt bemüht, ausreichend eigene Kräfte zur Sicherung der Stadt zur Verfügung zu stellen und trotz einer schwierigen Bundeslage Unterstützungskräfte aus den anderen Bundesländern und vom Bund zu erhalten. Nach Einschätzung der Polizeiführung sei das auch gelungen.

Für die Polizei und für die Entscheidungen, die die Polizeibeamten, sowohl der Führungsstab als auch die Einsatzhundertschaften vor Ort, hätten treffen müssen, trage er allerdings die politische Verantwortung. Wenn Abg. Jotzo ihm vorwerfe, er übernehme nicht die politische Verantwortung für die Straftäter, verkenne dieser Ursache und Wirkung.

Polizeipräsident Dieter Glietsch erklärt, er sei sicher, dass die CD „Kopfschuss“ wie auch alle Äußerungen im Internet und das, was darüber hinaus habe in Erfahrung gebracht werden können, den Fachdienststellen des Staatsschutzes bekannt gewesen und bewertet worden sei. Er glaube nicht, dass sich aus dieser CD eine andere Gefährdungsbewertung für den 1. Mai hätte ergeben müssen.

Am 30. April hätten vier, am 1. Mai sechs Wasserwerfer bereitgestanden, darüber hinaus zwei weitere in Reserve.

Zu der Frage nach dem Erfolg des Flaschenverbots: Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg habe die Erfahrungen des Vorjahres zusammen mit der Polizei und der Myfest-Crew sehr sorgfältig ausgewertet und ein neues Flaschenverkaufskonzept erarbeitet. Jedem Getränkeverkäufer, der eine Erlaubnis benötigt habe, um auf dem Myfest alkoholische Getränke zu verkaufen, sei die Auflage erteilt worden, keine Flaschen zu verwenden. Alle anliegenden Gewerbebetriebe seien aufgefordert worden, sich freiwillig daran zu halten. Der Bezirk habe gemeinsam mit der Polizei Kontrollen durchgeführt. Allerdings lebten im Myfest-Bereich sehr viele Menschen. Wenn die Anwohner bei einer Besucheranzahl von insgesamt bis zu 35 000 und über 10 000 gleichzeitig Flaschen aus den Wohnungen heraus auf die Straße brächten, sei die gewünschte Freiheit von Flaschen in einem solchen Raum nicht sicherzustellen.

Warum seien Selektivkontrollen und keine Vorkontrollen durchgeführt worden? – In Anbetracht der Voraussetzungen am Rande des Myfests sei es nicht möglich gewesen, alle 5 000 Teilnehmer des 18-Uhr-Aufzugs zu kontrollieren.

Es könne keine Rede davon sein, dass Herr Klug, Herr Kufka oder er keine selbstkritischen Bemerkungen gemacht hätten oder nicht bereit gewesen seien, den Einsatz selbstkritisch auszuwerten. In der vergangenen Woche hätten bereits erste intensive Gespräche mit den nachgeordneten Führungskräften aller Ebenen stattgefunden. Dabei sei auch die Frage gestellt worden, ob es nicht wünschenswert gewesen wäre, in der Adalbertstraße zu einer bestimmten Zeit früher zusätzliche Kräfte zur Verfügung zu haben. Diese Frage und andere Fragen zur Durchführung würden beantwortet werden, wenn die Nachbereitung auf allen Ebenen mit den Führungskräften durchgeführt worden sei.

Hinsichtlich des Vorwurfs, dass die Polizei nicht konsequent genug vorgegangen sei, weise er darauf hin, dass in den Abendstunden am Rande des Myfests bis zu 700 Gewalttäter aktiv gewesen seien. Dort seien durch konsequentes Vorgehen der Polizeikräfte unter schwierigsten Bedingungen rund 240 Straftäter festgenommen worden. Vor diesem Hintergrund könne er den Vorwurf nicht nachvollziehen.

Vorsitzender Peter Trapp bittet darum, dass die noch offenen Fragen nach der Nachbereitung beantwortet würden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.
